

zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen und Parteien. So begannen viele Karrieren kurdischer Parteifunktionäre in lokalen Nichtregierungsorganisationen.

Ilter Turan Untersuchung zu parteiunabhängigen Abgeordneten im türkischen Parlament bildet auf den ersten Blick einen Gegenpol zu den Parteistudien. *Turan* entfaltet eine Typologie unabhängiger Abgeordneter. Als ersten Typ identifiziert er Angehörige traditioneller lokaler Eliten, etwa Führer von Familienverbänden oder religiöse Autoritäten, die über genügend finanzielle Mittel verfügen, um erfolgreich Wahlkampf zu führen. Einen zweiten Typ bezeichnet er als „favorite son“ und meint damit eine Person, die regionale Popularität erworben hat, etwa als Vertreter einer Partei, der sie inzwischen nicht mehr angehört. Als dritten Typ sieht er Protestkandidaten, die dort antreten, wo größere Teile lokaler Eliten und die Bevölkerung die Kandidaten etablierter Parteien ablehnen. Ein vierter Typ ist ein Produkt der im internationalen Vergleich ungewöhnlich hohen Zehn-Prozent-Hürde des türkischen Wahlrechts. Dabei handelt es sich um einen Kandidaten mit Parteihintergrund, der nicht damit rechnen kann, dass seine Partei landesweit zehn Prozent der Stimmen erhält. *Turan* zeigt, wie die Rolle unabhängiger Abgeordneter nur in Bezug zu ihrem von Parteien geprägten Aktionsfeld zu verstehen ist. Viele der Unabhängigen haben entweder eine Geschichte als Parteipolitiker hinter sich oder treten im Lauf einer Legislaturperiode einer Partei bei.

Da der Band aus Fallstudien besteht, liefert er keine umfassende Soziologie des türkischen Parteienwesens, aber immerhin viele Bausteine dafür. Bei

aller Spezifität der Fallstudien treten Grundzüge hervor, etwa die große Rolle des Informellen, die Bedeutung von Akteuren außerhalb der Parteien und der fortwährende Kampf um Machtressourcen zwischen innerparteilichen Gruppen. Gerade weil das Informelle das Parteileben stark prägt, wünschte man sich eine intensivere Diskussion der Forschungsmethoden, die schwer zugängliche Bereiche erhehlen können. Viele Beiträge zeigen, dass vor allem qualitative Methoden der mikrosoziologischen Feldforschung, der offenen Interviews und der teilnehmenden Beobachtung Licht in die „black box“ einer Partei bringen. Es hätte sich gelohnt, die mit solchen Methoden verbundenen Herausforderungen anzusprechen.

Peter Widmann

METHODEN DER POLITIKWISSENSCHAFT

Klaus Armingeon (Hrsg.).

Staatstätigkeiten, Parteien und Demokratie. Festschrift für Manfred G. Schmidt. Wiesbaden. Springer VS 2013. 659 Seiten. 99,99 €.

Die von Klaus Armingeon herausgegebene Festschrift für Manfred G. Schmidt besticht auf den ersten Blick durch Umfang und Fülle: Ihre 659 Seiten und 33 Beiträge umfassen ein Themenspektrum, wie es auch das umfangreiche Werk des Geehrten kennzeichnen. Unmittelbar auffällig ist der Aktualitäts- und Krisenbezug vieler Beiträge, etwa zur deutschen „Präsidentenkrise“ von 2012 (Bernhard Blanke), zu den Themen Große Koalition (Eckhard Jesse), Eurokrise und Austerität (Klaus Armingeon; Dietmar

Braun; Fritz W. Scharpf) oder zur Demokratiekrise (Klaus von Beyme; Peter Hall, Sven Jochem; Wolfgang Merkel, Achim Schäfer).

Das erste Kapitel „Politikwissenschaft im Kontext“ behandelt Anforderungen an die vergleichende Staatsfähigkeitsforschung (Andreas Busch), an die politikwissenschaftliche Doktorandenausbildung (Antonia Gohr; Freia Hardt) und an die historisch-sozialwissenschaftliche Kooperation (Jürgen Kocka; Hans-Ulrich Wehler). Wehlers Beitrag besticht durch sein streitbares Plädoyer für den „Neuen Institutionalismus“ in der Politikwissenschaft. Für den Autor „ist dieser „Neue Institutionalismus“ nur eine Reprise der historisch gesättigten Institutionenlehre, die Gustav Schmoller und andere produktive Köpfe der Jüngerer Historischen Schule der Nationalökonomie vor gut 130 Jahren entfaltet haben“ (69). Diese Sichtweise mag überzogen erscheinen. Sie wird vor dem Hintergrund der Kritik verständlich, die Wehler gegen kulturalistische und rationalwahltheoretische Ansätze vorbringt: „Warum so viele Politikwissenschaftler die „Rational Choice Theorie“ [...] derart wohlwollend – vielleicht sogar wegen ihrer intellektuellen Simplität? – aufgreifen, ist nicht leicht zu erklären, liegt aber wohl weiterhin an der fachwissenschaftlichen Unkenntnis, mit der sie einer kritischen Politischen Ökonomie und fundierten historischen Kenntnissen gegenüberstehen.“ (68). Der Beitrag enthält auch eine kurze historische Bilanz der Politikwissenschaft seit ihren Anfängen. Die Politikwissenschaft konnte sich, so Wehler, zwischen 1850 und 1950 international als Disziplin etablieren; in Deutschland taucht sie vor dem Zweiten Weltkrieg allenfalls als „Spurenelement“ auf (65).

Francis Castles' Beitrag „The Real Issue for Future Comparative Policy Research: Does Government matter?“ (185-204) trägt zur Kritik und Weiterentwicklung der Schmidt'schen Staatsfähigkeitsforschung bei. Er provoziert mit dem Hinweis, dass die quantitativ-vergleichende Analyse von Staatsausgaben oder *policy-outputs* noch nichts über deren gesellschaftliche Wirkung aussagt. Seine Forderung gilt einer verstärkten Hinwendung zu den *policy-outcomes*, die in einigen Politikfeldern keine oder nur geringe Zusammenhänge mit monetärer Staatsfähigkeit aufweisen. Anstatt vorauszusetzen, dass Staatsausgaben Wirkung zeigen, solle künftig mehr darauf geachtet werden, ob und in welcher Weise dies der Fall ist“ (202). Genau dies leistet der Beitrag zur vergleichenden Bildungspolitikanalyse von Marius R. Busemeyer, Rita Nikolai und Frieder Wolf, in dem die Auswirkungen der Bildungspolitik auf die Gesellschaft, insbesondere die soziale Ungleichheit, thematisiert wird. Auf ein bislang wenig beachtetes Politikfeld führt der Aufsatz „Die Länderfamilie der estatistischen Forstgovernance“ von Gerhard Lehmbruch, Schmidts akademischem Lehrer, Doktorvater und Wegbegleiter in Heidelberg, Tübingen und Konstanz. Anknüpfend an das von Schmidt und Castles geprägte Konstrukt der „Länderfamilien“ analysiert er die Herausbildung einer politischen Forstökonomie in Frankreich und Deutschland. Diese „Familiengründung“ (243) wurde von einem ökonomischen Nachhaltigkeitsdiskurs bestimmt, der sich seit Mitte des 18. Jahrhunderts in institutioneller Autonomie entwickeln konnte und gegenwärtig vom Leitbild eines nicht vornehmlich der Holzproduktion, sondern

der Bewahrung von Biodiversität dienenden Naturwaldes modifiziert wird. Die Festschrift lässt bezüglich der vergleichenden System- und Policy-Analyse sowie der Parteien- und Demokratieforschung nur wenige Themen unberührt. Im Kontext des Bandes erscheinen die Beiträge von *Obinger*; *Obinger-Gindulis* und *Zohlnhöfer* erwähnenswert, nicht zuletzt weil sie, aus der Schmidt-Schule kommend, diese fortentwickeln möchten und darüber hinausweisen. Mit der Frage „Does the Economy Matter?“ stimmen *Obinger*; *Obinger-Gindulis* die vergleichende Policy-Analyse auf den aktuellen Kapitalismus- und Krisendiskurs ein. Dabei verweisen sie auf den im Ländervergleich oft starken Zusammenhang zwischen dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand und diversen Sozialstaatsindikatoren. Sie schließen daraus, dass die „Dynamiken in Gesellschaft und Kapitalismus als Quelle von Politikwandel wieder ernster genommen werden sollten“ (304). Irritierend ist nur, dass die Autoren bereits im Untertitel explizit von einer funktionalistischen Dynamik ausgehen und damit der politisch-ökonomischen Erklärung einen von Sachzwängen bestimmten ökonomistischen Anstrich geben. Demgegenüber bleibt politisches Handeln stets institutionell und diskursiv vermittelt, und wenn zum Beispiel ein hegemonialer Diskurs ökonomische Sachzwänge und politische Alternativlosigkeit suggeriert, entsteht daraus noch kein funktionalistischer Zusammenhang. Genau hier, an Prozessen der Entpolitisierung und des Verschwindens von Dissens, kann die im Sammelband breit diskutierte Krise der zeitgenössischen Demokratie ansetzen. Die Demokratiekritik lässt zweierlei erkennen: theoretisch eine überborden-

de Interpretationslust und empirisch einen Befund von Mehrdeutigkeit. *Sven Jochem* vergleicht die Ansätze, Konsequenzen und Potenziale von „Schulen der Postdemokratie“. Er zählt auf, von welchen Krisenursachen sie ausgehen: Unübersichtlichkeit und Entpolitisierung, Erschöpfung deliberativer Rationalität, Dominanz des Großkapitals, Ungleichheit, Expertokratie, Krise der Anerkennung, Transnationalisierung und Finanzialisierung, übersteigerte normative Erwartungen, Banalisierung und Inszenierung des Politischen, Dissensverlust, Eliten- und Klassenherrschaft als „demokratischer Terror“ ... So und noch furchterregender kommentieren zeitgenössische Demokratietheoretiker die zeitgenössische Demokratie. Zum Glück signalisieren andere Beiträge Entspannung: *Graf Kielmannsegg* preist Tocquevilles Demokratietheorie als meisterliche Wirklichkeitswissenschaft und bestätigt so Schmidts Klassikerranking, bei dem Tocqueville nach Erklärungskraft und Aktualität ganz oben, Rousseau und Marx ganz unten platziert werden. *Klaus von Beyme* beleuchtet facettenreich den Einfluss neuer Internet-Medien auf das politische Verhalten und schließt daraus auf ein „neodemokratisches“ Beteiligungsmodell. *Wolfgang Merkel* stellt ein neues WZB-Projekt vor, das empirisch zeigen soll, „ob die Demokratie in einer Krise steckt“ (494).

Wie einzelne Elemente einer zeitgemäßen empirischen Demokratietheorie aussehen könnten, illustrieren die Beiträge von *Ellen Immergut* und *Matthias Orłowski*, *Hans Keman*, *Fritz W. Scharpf*, *Peter Hall*, *Achim Schäfer*, *Reimut Zohlnhöfer*, *Dieter Nohlen*, *Aurel Croissant* und *Uwe Wagschal*. Je nach ihrem Begriffsverständnis kom-

men sie zu unterschiedlichen Ergebnissen. Wer das Postulat der Gleichheit politischer Beteiligungschancen und ihre tatsächliche Inanspruchnahme ins Zentrum stellt, muss, wie *Achim Schäfer*, zu einem kritischen Befund gelangen. Wenn aber, worauf *Reimut Zohlnhöfer* hinweist, Reformpolitik auch gegen die Mehrheit einer aktiven Wählerschaft und gegen starke Interessengruppen möglich ist, muss ungleiche Beteiligung nicht notwendig zu ungleicher Repräsentation und selektiver Interessenberücksichtigung führen. Der Befund, dass regierungsseitig initiierte gesellschaftliche Diskurse und Verfahren der Interessenvermittlung Legitimation erzeugen, Meinungen und Mehrheiten beeinflussen und konstitutionelle Gegenspieler der Regierungspolitik schwächen können, verdient Beachtung, zumal in Zeiten einer von Lobbyismushysterie geprägten Politik- und Verbändeforschung.

Alles in Allem bietet der Band ein politologisches Kaleidoskop vielfältiger Aufsätze, Ansätze und Argumentationsweisen, die zu anregender Lektüre einladen.

Roland Czada

Wenzelburger, Georg, Sebastian Jäckle, Pascal König. *Weiterführende statistische Methoden für Politikwissenschaftler*. München. De Gruyter Oldenbourg 2014. 221 Seiten. 24,95 €.

Georg Wenzelburger, Sebastian Jäckle und Pascal König haben mit ihrem Band zu weiterführenden statistischen Methoden ein Einführungsbuch vorgelegt, das „einen Mittelweg zwischen weiterführenden Analyseverfahren und dem Anschluss an die Vorkenntnisse

aus dem BA-Studium“ (1) finden will. Für die Autoren besteht dieser Mittelweg aus der Vermittlung weiterführender regressionsanalytischer Verfahren in Theorie und Praxis. Diese weiterführenden Methoden werden jeweils zunächst anhand von – teils in der Literatur veröffentlichten und teils fiktiven – Forschungsfragen und -designs theoretisch eingeführt, bevor ihre empirische Anwendung anhand der Stata-Software mit realen Daten exemplarisch veranschaulicht wird. Dabei folgen die Autoren stärker als andere deutschsprachige Methodenbände der anglo-amerikanischen Methodensliteratur, indem sie von Problemen und empirischen Puzzles ausgehend den Nutzen bestimmter Methoden beispielhaft verdeutlichen. Trotz der Orientierung an der englischsprachigen Literatur vermeiden *Wenzelburger, Jäckle und König* es aber gleichzeitig, ein reines Anwendungsbuch für die unterschiedlichen Regressionsverfahren zu schreiben, wie sie etwa in zahlreichen Ausführungen von Stata Press herausgegeben werden.

Die Autoren sind damit gleich in dreifacher Hinsicht ausdrücklich zu loben: Erstens haben sie die – auch aus meiner Sicht vorhandene – Nachfrage nach einem Werk erkannt, das fortgeschrittenen Studierenden die Möglichkeit bietet, auf den Vorkenntnissen grundlegender Methodenausbildung aufbauend weiterführend statistisch zu arbeiten. Zweitens sättigen sie diese Nachfrage mit einem problemorientierten und durchweg lesbaren Band, der weiterführende regressionsanalytische Verfahren im Hinblick sowohl auf die formale Herleitung, als auch auf die empirische Anwendung verständlich vermittelt. Und drittens – und das ist möglicherweise das größte Ver-